BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Helge Limburg

Newsletter

Oktober/November 2023

THEMEN

Grußwort | Die Reform des Völkerstrafgesetzbuchs | Die Ampel - eine Halbzeitbilanz | Debatte um leichtere Arbeitserlaubnisse | Meine neuen Patenschaften | Entgegen jeder Form von Hass und Hetze | Termine im Wahlkreis | Kontakt |

Liebe Freund*innen!

Bewegende Wochen liegen hinter uns. Der brutale Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober erschütterte die gesamte zivilisierte Welt. Unsere Solidarität gehört den Opfern dieses Angriffs und ihren Angehörigen und natürlich dem Staat Israel. Das Selbstverteidigungsrecht Israels, im Rahmen des humanitären Völkerrechts, steht außer Frage. Die Welle der Solidarität mit Israel, auch im Weserbergland, war beeindruckend. Aber die bundesweiten antisemitischen Aufmärsche hatten leider auch ein erschreckendes Maß. Wo Sorge um die zivilen Opfer unter Palästinenser*innen in Sympathie für die Hamas oder Delegitimierung des Staates Israel umschlägt, ist eine Grenze deutlich überschritten! Wir werden uns dem Antisemitismus zukünftig als Gesellschaft noch stärker entgegenstellen müssen und vor allem auch Prävention und Bildung stärken.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine geht daneben in unverminderter Härte weiter. Unser Platz muss weiterhin an der Seite der Ukraine und ihrer Bevölkerung sein. Die Menschen in Belarus und Iran lehnen sich weiterhin gegen ihre Unterdrücker auf. Mit meinen Patenschaften möchte ich auch hier die Freiheitsbewegungen unterstützen.

In den Mühen der Ebene in der Ampelkoalition, in der Rechtspolitik, gibt es einige bedeutsame Fortschritte, auch davon berichte ich in diesem Newsletter.

Und in Gesprächen mit Gewerkschaftter*innen in meinem Wahlkreis lote ich aus, wie wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken können.

Viel Spaß beim Lesen und eine trotz allem frohe Adventszeit wünsche ich Euch!

Euer

Helge Limburg

Die Reform des Völkerstrafgesetzbuchs

Der vor kurzem verabschiedete Gesetzentwurf zur Fortentwicklung des Völkerstrafrechts ist ein wichtiger Meilenstein für die Modernisierung unseres Völkerstrafgesetzbuchs!

Strafbarkeitslücken, etwa im Bereich der sexualisierten und reproduktiven Gewalt, werden damit geschlossen und die Angleichung der Tatbestände an das Rom-Statut und die ständige Rechtsprechung des Internationalen Strafgerichtshofs werden endlich umgesetzt. Das zukünftig eine offizielle Dokumentation von wichtigen Völkerstrafverfahren möglich sein wird und Verdolmetschungen auch für die Presse zugänglich werden begrüße ich sehr. Hier werden wir Grüne uns noch für eine Ausweitung auch für Vertreter der Zivilgesellschaft stark machen! Erfreulich sind die vielen Verbesserungen im verfahrensrechtlichen Bereich, insbesondere die Erweiterung des Nebenklagekatalogs. Allerdings werden wir uns auch hier im Parlament für weitergehende Schritte einsetzen.

Persönlich freue ich mich ausdrücklich über die Streichung des "Nachfrageerfordernisses" beim Tatbestand des Verschwindenlassens im Völkerstraf-gesetzbuch und die Einführung eines eigenen Straftatbestandes des Verschwindenlassens in unserem Strafgesetzbuch. Dafür haben wir uns zuvor intensiv eingesetzt!

Es ist wichtig, dass diese Verbrechen in ihrer ganzen Dimension und ihrem vollen Unrechtsgehalt vom Strafrecht erfasst werden. Dies ist ein wichtiger Schritt für Betroffene dieses grausamen Verbrechens, da die bisher geltenden Strafbarkeitslücken nicht nachvollziehbar waren. Zugleich setzt Deutschland damit auch das UN-Abkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen um, wozu wir uns verpflichtet haben. Wir begrüßen den Gesetzentwurf insofern sehr!

Die Ampel - eine Halbzeitbilanz

Vor etwas mehr als zwei Jahren hat sich der 20. Deutsche Bundestag konstituiert. Auch, wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck von Streit und Unruhen in der Koalition überwiegt, hat die Koalition eine ganze Menge geschafft und auf den Weg gebracht:

Zwei Drittel unserer Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag sind bereits vollständig oder teilweise umgesetzt! Und das trotz großer Herausforderungen: Der Russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Folgen der Corona-Pandemie, die steigende Inflation, die sich verschärfende Klimakrise, der Überfall der Hamas auf Israel. Bis heute spüren wir Auswirkungen von alledem!

Beim Klimaschutz wurde eine ganze Menge auf den Weg gebracht: Beim Ausbau der Erneuerbaren wurden Bremsen gelöst, der Wind- und Solarenergieausbau konnte erleichtert werden. Der natürliche Klimaschutz wurde gestärkt durch das Programm „Natürlicher Klimaschutz für Moore und Wälder“, bei dem der Schutz der Artenvielfalt, Naturschutz und CO2-Bindung zusammengebracht werden. Gleichzeitig ist es uns gelungen, die Abhängigkeit von fossilen Ressourcen aus Russland herunterzufahren und dennoch ohne Gasmangellage durch den letzten Winter zu kommen.

Im Bereich Arbeit und Soziales wurden wichtige Schritte unternommen, um Menschen zu entlasten: Der Mindestlohn wurde signifikant erhöht, damit die Menschen von ihrer Arbeit leben können. In der Krisensituation mit hoher Inflation wurden weitere Unterstützungspakete auf den Weg gebracht, damit kein Mensch in diesem Land zurückgelassen wird. Die Kindergrundsicherung wurde in dieser Woche erstmals im Plenum beraten. Mit ihr gehen wir gegen Kinderarmut vor und unterstützen Familien mit Kindern.

Nach langen Diskussionen im Plenum und in den Ausschüssen wurde endlich ein sozial verträgliches Heizungsgesetz auf den Weg gebracht. Damit wird die Wärmewende im Gebäudesektor vorangebracht, um auch hier die Klimaziele einzuhalten. Im Verkehrssektor einigten wir uns vor kurzem auf eine Änderung des Mautgesetzes, wo wir die Entwicklung und Benutzung von umweltfreundlichen LKWs fördern und gleichzeitig mehr Geld für die Schieneninfrastruktur bereitstellen. Die Verkehrswende in diesem Land wird damit vorangebracht! Für den Rad- und Fußgängerverkehr in Städten wird mehr Raum geschaffen durch eine Reform des Straßenverkehrsgesetzes. Besonders freut mich, dass wir in der Rechtspolitik wichtige Projekte abschließen konnten: Im Strafrecht zum Beispiel die Abschaffung von §219a StGB, der die Information über Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stellte wurde gestrichen. Damit werden Frauen und Ärzt*innen entlastet und die Information über sichere Schwangerschaftsabbrüche ermöglicht, was der Gesundheit von Frauen in unserem Land dient!

Diese Bilanz kann sich sehen lassen und es liegen noch zwei Jahre in dieser Koalition vor uns. Unser Anspruch ist es, weiter die nachhaltige sozial-ökologische Transformation zu gestalten um unser Land für dieZukunft gut aufzustellen und unseren vielfältigen demokratischen Rechtsstaat zu modernisieren!

Leichtere Arbeitserlaubnis für Asylsuchende

Unternehmen suchen händeringend nach Auszubildenden und Fach- und Arbeitskräften, um die jährlich rund 400.000 offenen Stellen zu füllen. Gleichzeitig durften Asylsuchende bisher im Regelfall erst nach 9 Monaten Arbeit aufnehmen.

Nun hat das Bundeskabinett Erleichterungen für die Arbeitsaufnahme von Geflüchteten auf den Weg gebracht. Asylsuchende sollen künftig einheitlich nach sechs Monaten arbeiten dürfen und Geduldeten soll im Regelfall auch eine Arbeitserlaubnis erteilt werden. Eine schnellere Arbeitserlaubnis für Geflüchtete forderten nicht nur wir seit langem, sondern auch nahezu alle Wirtschaftsverbände. Denn eine schnellere Arbeitserlaubnis bedeutet nicht nur einen Beitrag zur Lösung des Fach- und Arbeitskräftemangels auf dem deutschen Arbeitsmarkt, sondern auch eine Entlastung der Kommunen und Behörden, eine schnellere Integration, schnelleres Lernen der deutschen Sprache, psychische Gesundheit und die Chance den eigenen Lebensunterhalt selbst bestreiten zu können. Das hat mit der Würde eines jeden Menschen zu tun, so, wie es in unserem Grundgesetz verankert ist. Deshalb begrüße ich den Entwurf des Bundeskabinetts sehr, denn er entlastet unsere Wirtschaft und fördert die Integration in unsere Gesellschaft.

Politische Patenschaften - ein Update

Auch bei meinen Patenschaften gibt es Neuigkeiten: Ich übernehme die politische Patenschaft für Mashallah Karami und Amir Hossein Kookhan! Vor bald einem Jahr hat das iranische Regime Mashallah seinen Sohn Mohammed Mehdi Karami genommen. Vor drei Monaten wurde auch der Vater Mashallah verschleppt, weil er nicht aufgehört hat, an das Schicksal seines ermordeten Sohnes zu erinnern. Ebenfalls inhaftiert wurde der Anwalt der Familie, Amir Hossein Kookhan. Ich fordere die unverzügliche Freilassung von Mashallah Karami und Amir Hossein Kookhan! Der Einsatz für Gerechtigkeit und einen fairen Prozess, sowie die Trauer um einen geliebten Mitmenschen dürfen nicht mit unrechtmäßiger Haft bestraft werden! Denn bereits mit der grausamen Hinrichtung von Mehdi hat die Regierung der Islamischen Republik Iran der Familie Karami schon unendliches Leid zugefügt.

Dieses wird durch die Verhaftung des Vaters nun weiter verstärkt. Ich sehe nicht, dass es irgendeine Rechtfertigung für diese Verhaftung gibt.

Im Dezember letzten Jahres hatte ich die politische Patenschaft für Mohammed Mehdi Karami übernommen, in der Hoffnung, so helfen zu können, das Leben des jungen Mannes zu retten. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Mehdi wäre am 01. November 22 Jahre jung geworden. An diesem Tag hätte Mehdi gemeinsam mit seinen Freunden, seiner Familie, seinen Verwandten Geburtstag feiern können. An diesem Tag hätte Mehdi glücklich sein können. Doch er wurde von der Regierung seines Heimatlandes, für das er sportliche Erfolge erbracht hat, hingerichtet. Hingerichtet, wegen eines Verbrechens, das er nie begangen hat. Hingerichtet, wegen seinem Kampf für Freiheit, für Frauenrechte, für Menschenrechte.

Die Aufgabe, die ich mir gestellt habe, endet jedoch nicht mit dem Tod dieses jungen Karatechampions, der für die Freiheitsbewegung im Iran weiterhin ein Champion bleibt! Ich übernehme nun die politische Patenschaft für Mehdis Vater und auch für seinen Anwalt. Ich werde weiterhin alles tun, was in meiner Macht steht, um Amir Hossein Kookhan sowie Mashallah Karami und seine Familie zu unterstützen.

Entgegen jeder Form von Hass und Hetze

Der 7. Oktober 2023 ist eine Zäsur. Der Tag des Beginns der brutalen zutiefst menschenverachtenden Terrorangriffe der Hamas auf Israel ist ein Einschnitt, nicht nur für Israel, nicht nur für Jüdinnen und Juden weltweit, sondern für die gesamte zivilisierte Welt. Dieser Angriff galt Israel, er galt Jüdinnen und Juden, er galt aber auch der modernen Zivilisation, unserer Freiheit, unserer Demokratie, und unserer Rechtsstaatlichkeit. Und es ist unerträglich, dass es Menschen gibt, die diese Angriffe bejubeln und feiern. Gegen solche Ansammlungen muss durchgegriffen werden, denn diese Entwicklungen sind mehr als besorgniserregend.

Unsere Aufgabe als Gesellschaft ist es, uns an die Gräueltaten und die grausame Menschenverachtung des Nationalsozialismus zu erinnern, blickt man auf den Jahrestag der Novemberpogrome, die sich am 09. November zum 85. Mal jährten. Damit dies nie wieder geschieht, ist es unsere Aufgabe, den Schutz jüdischen Lebens in unserem Land zu gewährleisten. Denn diese Verbrechen dürfen sich nicht wiederholen, wir müssen Hass, Hetze und Rassismus die Stirn zu bieten und gegen jegliche Art von Antisemitismus vorgehen. Gleichzeitig müssen wir auch gegen jede Form von Islamismus vorgehen. Denn auch dieser ist eine Bedrohung für die Freiheit und Vielfältigkeit unserer Gesellschaft. Die meisten Opfer islamistischen Terrors und islamistischer Gewaltfantasien und Taten sind Muslime weltweit. Die Menschen im Iran, Afghanistan und im Gazastreifen mussten und müssen das nur allzu leidvoll erfahren. Hass und Hetze gegen Muslim*innen ist in der notwendigen Debatte um Islamismus jedoch völlig fehlgeleitet. Die Strategie der Bundesregierung, und auch vergangener Bundesregierungen, den Dialog in Form der Islamkonferenz und ähnlichen Formaten zu suchen und gleichzeitig islamistische Vereinigungen zu verbieten und zu verfolgen ist der richtige. Diesen müssen wir als Koalition und wir als Gesellschaft anstreben und weiterführen.

Wir antworten Antisemitismus und dem Hass gegen Muslim*innen mit dem, was der demokratische Rechtsstaat schon immer in seinem Instrumentenkasten hatte: Mit Härte, Konsequenz und Klarheit gegen Straftaten und jegliche Form von Hass und Hetze. Mit Vielfalt, Offenheit und Toleranz für alle Formen von Glauben und auch Nicht-Glauben. Mit der Härte des Rechtsstaats, mit der Vielfältigkeit des Grundgesetzes.

Termine im Wahlkreis - Rückblick

Besuch bei der Handwerkskammer Hildesheim-Südniedersachsen

In den vergangenen Wochen war ich wieder zu zahlreichen Terminen im Wahlkreis unterwegs. Zum einen besuchte ich die Handwerkskammer Hildesheim-Südniedersachsen. Stefan Pietsch, der Pressesprecher, zeigte mir die Anlage. Mit ihm, der Hauptgeschäftsführerin Maria Heidmann und dem Präsidenten der Handwerkskammer, Roman Delfino, habe ich mich über die Berufsorientierung von Schüler*innen und die Unterstützung von Schulen und Handwerksbetrieben seitens der Handelskammer unterhalten.

Der Austausch über den überfälligen Bürokratieabbau und den bisweilen langwierigen Gesetzgebungsprozess, der das Handwerk vor große Herausforderungen stellt, war sehr produktiv. Dass das Handwerk Vorlaufzeit braucht, Gesetzesänderungen umzusetzen, wurde mir dadurch deutlich veranschaulicht. Das Schritthalten mit Transformationsprozessen ist für die Industrie ein genauso zentrales Thema wie der Fachkräftemangel und die Besetzung von Ausbildungsplätzen. Dieses Thema beschäftigt auch uns als Fortschrittskoalition, dass wir beispielsweise mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz und einer leichteren und schnelleren Arbeitserlaubnis für Geflüchtete angehen wollen.

Besuch beim Caritasverband der Diözese Hildesheim

Ebenso besuchte ich den Caritasverband für die Diözese Hildesheim e.V. (DiCV). Dabei habe ich Agnieszka Krawczyk-Balon, die stellvertretende Abteilungsleitung für Verbands- und Sozialpolitik und Celine Biesenkamp, die Referentin für Migration und Integration, getroffen. Wir haben uns über die im Bundeshaushalt angekündigten Kürzungen für die Beratungsdienste der Wohlfahrtsverbände im Bereich Migration und Integration ausgetauscht: Erhebliche Kürzungen drohen zum Beispiel bei der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer, bei den Jugendmigrationsdiensten und bei der Asylverfahrensberatung. Ich sehe diese Kürzungen genau wie meine gesamte Fraktion sehr kritisch.
Ich weiß, welche Bedeutung diese Beratungsangebote für gelingende Integration haben. Wir Grüne werden uns in den Haushaltsberatungen für eine Rücknahme der Kürzungen einsetzen, auch, wenn das nicht einfach wird!

Bei diesem Treffen wurde wieder einmal klar, dass die vorgeschlagenen Einsparungen im Bereich Integration beträchtliche gesellschaftliche und finanzielle Folgekosten haben werden. Für erfolgreiche Integrationsarbeit muss es gute Rahmenbedingungen und eine stabile Finanzierung der Beratungsstellen geben!

Besuch bei der Elzer Mitte

Was mit der Gründung der engagierten Initiativgruppe Elzer Mitte begonnen hat, wurde jetzt mit der Gründung des gleichnamigen gemeinnützigen Vereins vorangetrieben – die „Elzer Mitte“. Dieser Verein hat mich vor kurzem zur Begehung eines denkmahlgeschützten und stark sanierungsbedürftigen Gebäudes für ein mögliches Projekt des Vereins eingeladen, welches sie für 1 € von der Stadt Elze erworben hatten.
Die Verantwortlichen des Vereins wollen möglichst schnell mit der Umsetzung ihrer Ideen beginnen, wonach das ehemalige Schreibwarengeschäft „Jagau“ an der Hauptstraße in Elze umgestaltet werden soll. Geplant ist eine Begegnungsstätte für Jung und Alt in Form eines multikulturellen Generationen-Cafés. Workshops, Seminare und Vorträge sind ebenso denkbar wie kulturelle, musikalische Veranstaltungen. Der Verein möchte das Haus also zu einem Treffpunkt ausbauen, dem Leerstand entgegentreten, die Innenstadt beleben und das soziale Miteinander fördern.

Bei meinem Besuch haben wir viele Problempunkte angesprochen: die sanierungsbedürftigen Stellen des Fachwerkhauses, die Finanzierung der Renovierung und vieles mehr. Sinah Kramer, Vorstandsmitglied, hofft, dass der Stadtrat dem Anliegen zustimmt, damit die Stadt der Übertragung des Hauses zustimmt und mit der Arbeit losgelegt werden kann. Doch ein detailliert ausgearbeitetes Konzept fehlt noch: vertraglich ist festgelegt, dass die Stadt das Haus zurücknimmt und anderweitig zur Verfügung stellt, sollte das Projekt scheitern. Wer letztlich das Haus für das jeweilige Konzept zugesprochen bekommt, entscheiden politische Vertreter*innen, so Bürgermeister Wolfgang Schurmann.

Ich persönlich fand die Ideen der Elzer Mitte für dieses Haus in der Innenstadt großartig und freue mich auf künftiges Wiedersehen! Viel Erfolg bei der Verwirklichung eures Konzeptes, dass ich im Rahmen meiner Möglichkeiten gerne nach Kräften unterstütze!

Besuch bei der IG Metall Alfeld-Hameln Hildesheim

Mit Karoline Kleinschmidt, der ersten Bevollmächtigten der IG Metall Alfeld-Hameln-Hildesheim sprach ich in Hameln über die kürzlich veröffentlichte Stellungnahme der Delegiertenversammlung: Die Delegierten der IG Metall Alfeld-Hameln-Hildesheim fordern die Bundesregierung auf, eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes schnell auf den Weg zu bringen. Hintergrund ist ein Urteil des Bundesgerichtshofes, dass es Betrieben untersagt, Betriebsratsmitglieder während ihrer Zeit im Betriebsrat entsprechend ihrer vergleichbaren Kolleginnen und Kollegen finanziell in höhere Entgeltgruppen aufsteigen zu lassen. Dieser Problematik war ich mir bereits bewusst, doch der Autausch mit Frau Kleinschmidt brachte neue Facetten ins Bewusstsein: Gerade in der derzeitigen gesellschaftlichen Situation ist eine Gefährdung der Betriebsratsarbeit nicht hinnehmbar. Wir brauchen motivierte und aktive Betriebsräte, die in Betrieben klare demokratische Werte vermitteln. Um eine finanzielle Benachteiligung auszuschließen, muss es deshalb feste gesetzliche Rahmenbedingungen geben. Wir als Fortschrittskoalition arbeiten bereits an einem entsprechenden Gesetzentwurf. Ich hoffe, dass es zu einer zeitnahen, endgültigen Einigung kommt und die Betriebsratsarbeit damit rechtlich abgesichert wird.

Termine im Wahlkreis - Ausblick

Podiumsdiskussion Femizide - Tag gegen Gewalt an Frauen

Gewalt gegen Frauen ist ein gesamtgesellschaftliches und alltägliches Problem. Allein im vergangenen Jahr 2022 wurden 240.547 Delikte häuslicher Gewalt zur Anzeige gebracht – ein Anstieg um 8,5% im Vergleich zum Vorjahr. Über 80% der Opfer sind Frauen. Femizide sind die extremste Frorm der Gewalt gegen Frauen – es handelt sich um die Tötung einer Frau aufgrund ihres Geschlechts. Bis heute kein eigener Straftatbestand in Deutschland. Eine systematische Verharmlosung dieser Taten ist immer noch alltäglich und allgegenwertig und stellt ein Symptom patriachaler Denk- und Machtstrukturen in unserer Gesellschaft dar.

Zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen wollen wir gemeinsam beleuchten, welches Muster solchen Taten zugrunde liegt, wie man Femizide verhindern kann und was die Politik leisten muss, um Frauen besser zu schützen.

Wo? In der **Sumpfblume in Hameln**, Am Stockhof 2a, 31785 Hameln.

Wann? Am **25. November 2023** um **19 Uhr**.

Helge Limburg
Newsletter

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Bundestagsbüro Berlin

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 227-75581

Bei Fragen und Anmerkungen zu meiner Arbeit wendet euch gern direkt an mich oder an mein Team unter:
helge.limburg@bundestag.de

Wahlkreisbüros

Wahlkreisbüro Hameln

Wendenstraße 10, 31785 Hameln

helge.limburg.wk02@bundestag.de

Wahlkreisbüro Holzminden

Obere Straße 25, 37603 Holzminden

helge.limburg.wk@bundestag.de

Social Media

@Helge_Limburg

@Helge Limburg

@helgelimburg

@helgelimburg.bsky.social

www.helge-limburg.de

www.gruene-bundestag.de